

16-Milliarden-Flut nach Deichbruch

Der US-Wahlkampf kostet astronomische Summen – 2010 erlaubte das Oberste Gericht private Spenden in unbegrenzter Höhe als Teil der Redefreiheit

Freie, gleiche und geheime Wahlen gehören zu den zentralen Merkmalen einer repräsentativen Demokratie. Dem voran geht in allen westlichen Staaten ein intensiv geführter Wahlkampf. Der Präsidentschaftswahlkampf in den USA beginnt oftmals gleich nach den Zwischenwahlen in der Mitte der Legislaturperiode und damit zwei Jahre vor dem eigentlichen Wahltag. Die heiße Wahlkampfphase dauert mehr als zehn Monate von den ersten Vorwahlen in New Hampshire im Januar bis zur Wahl Anfang November. Höhepunkt der Wahlsaison ist nicht etwa der „Election Day“ selbst, sondern es sind die einem Zirkus gleichenden mehrtägigen Parteitage, auf denen Republikaner und Demokraten ihre Präsidentschaftskandidaten nominieren.

Die Kosten sind enorm hoch. Kein Wunder, dass beiden großen Parteien nichts anders übrig bleibt, als unentwegt große und kleine Spenden einzutreiben und potenzielle Spender zu umwerben. Sie deuten alle möglichen Zusagen an, seien es Steuererleichterungen, eine genehme Klima- und Energiepolitik oder ganz konkrete wirtschaftliche Vorteile für die Industriezweige, die sich besonders großzügig zeigen.

Die Kosten des US-Wahlkampfes entsprechen einem Viertel des deutschen Verteidigungsetats

2020 verprassten die beiden großen amerikanischen Parteien mehr als 14 Milliarden US-Dollar. Das war fast doppelt so viel, wie die Kampagnen von 2016 gekostet hatten. Hinzu kamen noch mal beinahe 2,5 Milliarden Dollar für den Wahlkampf auf lokaler und regionaler Ebene. Der derzeitige, mit äußerster Erbitterung geführte Wahlkampf dürfte leicht um die 16 Milliarden kosten, wenn nicht mehr. Das entspricht etwa einem Viertel des geraden verabschiedeten deutschen Verteidigungshaushalts.

Mit dieser Unsumme bezahlen die Parteien in den USA vor allem die so wichtige Fernseh-, Radio- und Internetwerbung mit der gerade die Wähler in den sogenannten Swing States unentwegt überflutet werden. Bezahlt werden müssen aber auch die vielen professionellen Wahlkampfshelfer, die Statistiker, die fortwährend Meinungsumfragen auswerten, die gerade in den USA so wichtigen Juristen, der Reisezirkus der Wahlkampfteams, die Plakate und vieles andere.

Das viele Geld stammt zunächst von vielen kleinen Spendern, die oft nicht mehr als fünf, zehn oder 20 Dollar geben. Fast ein Viertel aller Wahlkampfspenden kommen so zu-



KLAUS LARRES
ist Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen an der University of North Carolina, Chapel Hill. In seiner Kolumne schreibt der gebürtige Schleidener aus Sicht eines Deutschen über die USA als Wahlheimat und liebsten Forschungsgegenstand

sammen. Daneben gibt es Dutzende ultrareicher, oftmals wenig bekannter Gönner aus dem „Big Business“ und der Industrie, aber auch manche Prominente wie Teslachef Elon Musk, der reichste Mann der Welt, Mikrosoftgründer Bill Gates oder der einstige Bloomberg CEO Michael Bloomberg, der mal selbst Präsident werden wollte. Sie spenden Millionen an die beiden Parteien. Hinzu kommen dann noch die „Political Action Committees“ (PACs und SuperPACs), die ebenfalls Millionen in den Wahlkampf schießen.

Den einzelnen Präsidentschaftskandidaten hilft es auch enorm, selbst wohlhabend zu sein. Davon profitierte schon John F. Kennedy, dessen Vater Joseph ein reicher Geschäftsmann war. Die Familie Bush machte enorme Summen im Ölgeschäft, und der unter diffusen Umständen erworbene Reichtum Donald Trumps ist wohl bekannt. Bill Clinton, Barack Obama oder auch Joe Biden dagegen waren zu Beginn ihrer politischen Karriere nicht reich, dafür aber bestens vernetzt mit der Welt der Superreichen und der altherwürdigen, äußerst wohlhabenden demokratischen Familien. Derzeit allerdings sind es gerade die einflussreichsten Großspender der Demokraten, die Biden zum Rückzug von seiner erneuten Kandidatur drängen.

Da die Wahlkämpfe in den USA auf allen Ebenen so unverschämt teuer sind, hat ein ganz normaler Bürger kaum Chancen, ein höheres politisches Amt zu erzielen.

Immer wieder gab es Versuche, die Finanzierung der Wahlkampfkampagnen zu regulieren. Insbesondere nach der Watergate-Affäre Anfang der 1970s Jahre unternahm der Kongress einen entsprechenden Vorstoß. Die „Federal Election Commission“ (FEC) wurde ins Leben gerufen, um die Wahlkampffinanzierung zu kontrollieren und die Höhe der Gelder einzudämmen. Doch mit Hilfe diverser Gerichtsentscheidungen und dank verschiedener legaler Schlupflöcher konnte der Einfluss der FEC über die Jahre immer mehr aufgeweicht werden.

Endgültig brach der Deich 2010. Der Oberste Gerichtshof der USA, der Supreme Court, entschied mit knapper Mehrheit, dass unabhängige Wahlkampfspenden durch PACs oder Privatleute nur unter ganz be-

stimmten Bedingungen eingeschränkt werden dürften. Die Wahlkampfspenden von Firmen, Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen Organisationen fielen unter das Recht auf freie Rede, und die genießt den vollen Schutz der US-Verfassung.

Seitdem sind die Rolle der PACs, der Sonderinteressen und Lobbyisten sowie die Höhe der in den Wahlkampf fließenden privaten Gelder eskaliert. Auch viele „Dark Money“-Organisationen wurden gegründet, über die auch anonyme Spenden in unbegrenzter Höhe fließen dürfen. Allerdings nur US-Bürgern und solchen mit permanenter Aufenthaltsberechtigung, nicht aber von Ausländern. Auch ausländischen Staaten sind keinerlei Wahlkampfspenden erlaubt.

Es ist nicht immer klar, ob sich die Unsummen an die beiden wichtigsten Parteien für die Spender auch wirklich lohnen. Doch ist davon wohl auszugehen. Die großen Wirtschaftsunternehmen denken an künftige Geschäfte, nicht an Gesten der Wohlfahrt. Und manche Firma, vor allem solche aus der Tech-Industrie, spendet sicherheitshalber hohe Beträge an beide Parteien, um beste Beziehungen zur künftigen Regie-

Einzelne reiche Spender werden des Öfteren mit einem netten Botschafterposten belohnt

rung zu gewährleisten, egal, wer dann im Weißen Haus sitzt, ein Republikaner oder ein Demokrat.

Einzelne reiche Spender, die sich besonders erkenntlich gezeigt haben oder zu den Glücklichen gehören, die mit dem Wahlsieger die Schulbank gedrückt haben, werden des Öfteren mit einem netten Botschafterposten in einem nicht gar so wichtigen Land in Afrika, Asien oder Südamerika, gelegentlich aber auch in Europa belohnt. Dort können sie nicht viel Unheil anrichten, so die Überlegung im State Department, dürfen sich aber mit im Glanz des Postens eines US-Ambassadors sonnen. Der Titel darf ehrenhalber übrigens über das Ende der Amtszeit hinaus weitergenutzt werden.

Immer wieder einmal werden Rufe laut, das System der Wahlkampffinanzierung in den USA zu reformieren. Es ist unwahrscheinlich, dass es dazu wirklich kommt. Zu viele Interessengruppen profitieren von diesem bedenklichen und zutiefst undemokratischen System, nicht zu letzt auch die beiden großen Parteien. Diese müssen einfach so viel Geld wie möglich heranschaffeln, um die immer weiter eskalierenden Kosten für den ganzen Wahlkampfzirkus einigermaßen abzudecken.